

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Rückgrat der Gesellschaft Landtag würdigt Ehrenamt



INHALT



Foto: Schälte

Bestattungskultur im Wandel

S. 13 [Sachverständige äußern sich im Fachausschuss](#)

S. 14 [Standpunkte](#)



Plenum

S. 3 [Nationalpark in der Diskussion](#)

Aktuelle Stunde nach Bürgerentscheid

S. 4 [Streit um die Finanzen](#)

Etat fürs Jahr 2025 verabschiedet

S. 6 [Meldungen aus dem Plenum](#)

S. 10 [Sorgen um die Wirtschaft](#)

Aktuelle Stunde: Unternehmen in Schieflage

S. 11 [Kriminelle Clans im Blick](#)

Debatte um Lagebericht des Landeskriminalamts

S. 12 [Ein Ort für Sorgen und Nöte](#)

Petitionsausschuss stellt Jahresbericht vor

S. 16 [Aus den Fraktionen](#)



Forum

S. 18 [„Das Rückgrat unserer Gesellschaft“](#)

„Ehrenamtsmedaille“ des Landtags verliehen

S. 20 [NRW-Pressfoto 2024 – Starke Bilder eines bewegenden Jahres](#)

Preisträger ausgezeichnet

S. 22 [Gesetzgebung](#)

Forum

S. 23 [2024 – Das Jahr im Rückblick](#)

S. 26 [Porträt: Yvonne Gebauer \(FDP\)](#)

S. 27 [Kurz notiert](#)



Nationalpark in der Diskussion

19. Dezember 2024 – Vor 20 Jahren entstand in der Eifel der erste nordrhein-westfälische Nationalpark. Ob es einen zweiten geben wird, darüber debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Anlass war das Nein der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Kleve zu einem Nationalpark Reichswald.

Die Aktuelle Stunde war von der SPD-Fraktion beantragt worden. Im Antrag (18/12268) heißt es, dass mit der Entscheidung im Kreis Kleve die letzte verbliebene Region ausgeschieden sei, „die sich seit Beginn des Suchverfahrens für einen zweiten Nationalpark im September 2023 tatsächlich mit der möglichen Ausweisung eines solchen Gebiets befasst hat“.

In einem Bürgerentscheid hatte die Bevölkerung im Kreis Kleve mehrheitlich gegen eine Bewerbung votiert. Der Reichswald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet des Niederrheins. Nationalparks sind Schutzgebiete, die einer natürlichen Entwicklung unterliegen und vor nicht gewollten menschlichen Eingriffen und Umweltverschmutzung geschützt werden.

„Neuer Prozess“

René Schneider (SPD) sagte, dass der zweite Nationalpark dem Naturschutz und der Artenvielfalt in NRW gutgetan hätte. Er warf der Landesregierung vor, das Vorhaben im Kreis Kleve „versemmelt“ zu haben. Der Umweltminister sei nicht in der Lage gewesen, die Menschen zu überzeugen. Die CDU habe das Projekt torpediert. Schneider mahnte, dass die Suche nach einem zweiten Standort nicht aufgegeben werden dürfe. Bis zum Ende der Legislaturperiode sei Zeit für einen neuen, „vernünftigen“ Prozess.

Dr. Ralf Nolten (CDU) verwies darauf, dass die Fläche der Schutzgebiete in NRW in der Tendenz kleiner sei als in anderen Bundesländern. Das Land sei dicht besiedelt und habe ein dichtes Schienen- und Straßennetz. Bei der Diskussion um Nationalparks gebe es schwierige Abwägungen, in denen viele Fragen aufgeworfen werden könnten. Die Zukunft des Natur- und Artenschutzes müsse ganz konkret vor Ort angegangen werden. „Fokussieren wir uns auf die Umsetzung der Landschaftspläne“, so Nolten.

Die Einrichtung eines zweiten Nationalparks sei nie ein Prestigeobjekt der gesamten Landesregierung gewesen, sagte **Dietmar Brockes** (FDP): „Es war rein der Traum, der Wunsch der Grünen.“ Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage hätten sich viele Menschen gewundert, warum das Thema überhaupt in den Fokus gerückt worden sei. Brockes sagte, dass CDU-Abgeordnete Stimmung gegen das Projekt gemacht hätten. So sehe „Koalitionsarbeit zwischen CDU und Grünen in diesem Land aus“.

„Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist selbstverständlich zu akzeptieren“, sagte **Dr. Volkhard Wille** (Grüne). Wie er zustande gekommen sei aber nicht: „Bewusste Desinformation, Verunsicherung und Faktenleugnung dürfen nicht zum Alltag in der politischen Auseinandersetzung werden.“ Der knappe Ausgang habe gezeigt, dass Natur- und Artenschutz für viele Menschen relevant sei. Alternativ zu Nationalparks sei die Einrichtung von Biosphären-Regionen und Wildnisgebieten denkbar.

Ein Nationalpark leiste keinen großen Beitrag zur Biodiversität, argumentierte für die AfD-Fraktion **Zacharias Schalley**. Untersuchungen des Natural History Museum in London zeigten, dass die Artenvielfalt in Schutzgebieten geringer sei als außerhalb. Der Grund dafür: In einem Nationalpark würden nur Teile eines Ökosystems unter Schutz gestellt. Die Einrichtung eines Nationalparks sei „zu unterkomplex, um die bei uns bedrohten Arten und Lebensräume zu erhalten“.

Umweltminister **Oliver Krischer** (Grüne) dankte den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement: Jenseits der schrillen Töne verdeutlichten die gesellschaftliche Debatte und die hohe Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid, dass man sich unabhängig von der eigenen Meinung des NRW-Naturerbes bewusster werde. Gleichzeitig gelte das Angebot weiterhin: Strebe eine Region die Einrichtung eines Nationalparks an, werde sie „bei dieser Landesregierung immer eine offene Tür finden“.

wib, zab, rüc

Den ersten Nationalpark Nordrhein-Westfalens gibt es seit 2004 in der Eifel.

Foto: AdobeStock/Zack/Cora Frank



Streit um die Finanzen – Landtag beschließt

18. Dezember 2024 – Der Finanzrahmen für die Landespolitik 2025 steht: Der Landtag verabschiedete in 3. Lesung den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr. Die Opposition nutzte die traditionelle Generaldebatte für Kritik an Schwarz-Grün.

Für den Haushalt der Landesregierung ([18/10300](#), [18/11300](#), [18/12049](#) Neudruck) stimmten CDU und Grüne. SPD, FDP und AfD lehnten ihn ab. Der Etat sieht Ausgaben in Höhe von 105,5 Milliarden Euro (2024: 102,8 Milliarden Euro) vor. Aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung nutzt die Landesregierung die sogenannte Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse, um neue Kredite in Höhe von bis zu zwei Milliarden Euro aufnehmen zu können.

SPD-Fraktionschef **Jochen Ott** forderte die Landesregierung auf, alle geplanten Kürzungen im Sozialen zurückzunehmen. CDU und Grüne hätten sich für Sozialabbau entschlossen zulasten von Familien, kranken Menschen, der Pflege, Ehrenamtlichen und Wohlfahrtsverbänden. Ott betonte: „In einer für die Demokratie prekären Lage haben sich CDU und Grüne gegen den Sozialstaat und gegen das soziale NRW entschieden: Was für ein Fehler.“ Dabei sitze die Regierung auf „Selbstbewirtschaftungsmitteln in Milliardenhöhe“. Wenn nun einige der zunächst geplanten Kürzungen zurückgenommen würden, dann nicht aus Überzeugung, sondern weil der Druck zu groß geworden sei. Ott kritisierte auch zu wenig Unterstützung für die Kommunen. NRW benötige zudem eine „aktive Industriepolitik“ und Investitionen in Bildung und Infrastruktur in Milliardenhöhe.

Mit ihren Vorschlägen für den Haushalt versuche die SPD Gesetze zu umgehen, entgegnete **Thorsten Schick**, Fraktionsvorsitzender der CDU. Das sei „unredlich“. Während die Opposition „Sprüche raushaut“, kümmere sich die Landesregierung um Lösungen. Fakt sei, dass aufgrund der schwächelnden Konjunktur weniger Geld netto zur Verfügung stehe. Dennoch erhöhe die Landesregierung die Bildungsausgaben auf 42 Milliarden Euro. Das ent-

spreche rund 40 Prozent des Landeshaushalts – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Um der wirtschaftlichen Rezession entgegenzuwirken, beschleunige die Landesregierung Planungs- und Genehmigungsverfahren und baue Bürokratie ab. Schwerpunkte seien zudem Investitionen in Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, Wirtschaft und Arbeitsplätze, Städte und Gemeinden sowie Erneuerbare Energien.

Die Haushaltspolitik sei die Achillesferse der schwarz-grünen Koalition, hielt der FDP-Fraktionsvorsitzende **Henning Höne** seinem Vorredner entgegen. Neue Schulden aufzunehmen, schaffe keine Spielräume, sondern engten sie aufgrund der hohen Zinszahlungen ein. Der beste Schutz für die Handlungsspielräume kommender Generationen sei daher die Schuldenbremse. Die FDP habe Sparvorschläge über alle Ressorts hinweg gemacht und gezeigt, dass ein Haushalt ohne neue Schulden möglich sei. Man müsse dazu an den richtigen Stellen kürzen, nicht zuletzt an der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Inhaltlich falsch seien die Einsparungen an der sozialen Infrastruktur, die zukünftig für höhere Folgekosten sorgten. Überdies sei eine erfolgreiche Bildungspolitik abhängig von der Wirtschaftspolitik: Ein Land, das wirtschaftlich wachse, ermögliche „Aufstieg durch Talent, Fleiß und Leistung“.

„Lange Linien im Blick“

Mit dem Haushalt stelle die Koalition die richtigen Weichen, dass es der nächsten Generation besser gehen werde, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**: „Wir investieren in Kitas und Schulen, wir unterstützen die Kommunen, wir stärken ein demokratisches und sicheres Land für alle.“ Die Haushaltslage sei



Haushalt 2025



Fotos: Schälte

außergewöhnlich schlecht. Der Etat habe dennoch „die langen Linien im Blick“. Man sehe und teile die Sorgen vieler Menschen angesichts der Situation in der Wirtschaft. „Wir stehen an der Seite der Beschäftigten“, sagte Schäffer. Ein Schwerpunkt der Koalition sei die „Generationengerechtigkeit“. Deshalb lege man den Fokus auf Kinder und Jugendliche. Natur- und Artenschutz seien eng mit dem Thema verbunden. Nordrhein-Westfalen sei ein „soziales, solidarisches Land und wird es auch weiterhin bleiben“.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, **Dr. Martin Vincentz**, kritisierte die „Zwischenbilanz“ der Landesregierung: Die Wirtschaft in NRW sei im Sinkflug begriffen, die Arbeitslosenquote hingegen steige, dasselbe gelte für die Fallzahlen bei der Kriminalität. Das Haushaltsvolumen habe „schwindelerregende 105,5 Milliarden Euro erreicht“. Gespart werde nur in homöopathischen Dosen. Die AfD biete anderes an und komme durch Kürzungen auf Nettoeinsparungen in Höhe von 463 Millionen Euro. Dieses Geld würde die AfD mit Blick auf zukünftige Generationen in die Schuldentilgung investieren. Die Landesregierung aber wolle dies nicht, sondern werde alle Vorschläge der AfD ablehnen. Darüber

hinaus sei die von den anderen Parteien befürwortete Energiewende gescheitert. Jeder Euro, der zusätzlich dafür investiert werde, sei einer zu viel.

„Zeit der Chancen“

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) wies auf die Situation bei Ford in Köln und in anderen Unternehmen hin: „Immer mehr Menschen machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze.“ Wenn das Gefühl aufkomme, das Versprechen vom „Wohlstand für alle“ lasse sich nicht mehr einlösen, dann schwinde das Vertrauen in die Demokratie. Diese Entwicklung bereite ihm Sorgen, sagte der Ministerpräsident. Das Vertrauen in die Politik wachse, wenn auf Worte Taten folgten. Obwohl das Haushaltsvolumen steige, habe man an einigen Stellen umschichten müssen. Deshalb seien Priorisierungen erforderlich gewesen. Der Fokus müsse auf Kindern und Jugendlichen liegen. Priorität Nummer eins sei und bleibe Bildung. Wüst: „Trotz aller Herausforderungen: Ich bin überzeugt, wir leben in einer Zeit der Chancen.“

wib, tob, rüc, zab

Verena Schäffer (Grüne)



Dr. Martin Vincentz (AfD)



Ministerpräsident
Hendrik Wüst (CDU)



AUS DEM PLENUM

Künstliche Intelligenz

3.12.2024 – Eine Enquetekommission des Landtags wird sich mit dem Thema Künstliche Intelligenz (KI) befassen. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([18/11609](#)) wurde bei Enthaltung der AfD angenommen. KI sei die „Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts“, heißt es im Antrag der beiden Fraktionen. Ziel sei, dass Nordrhein-Westfalen die Chancen von KI für Wohlstand und Lebensqualität nutze. Die Kommission solle sich vor allem auf fünf Politikfelder konzentrieren, die in originärer Zuständigkeit der Landespolitik lägen: Wirtschaft und Wachstum, Innovation, Bildung und Ausbildung, Sicherheit und Bürgerrechte sowie KI im Alltag und vor Ort. Enquetekommissionen dienen der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe. Den Gremien gehören neben Abgeordneten auch externe Sachverständige an.

Windenergie und Immobilien



3.12.2024 – Bürgerinnen und Bürger, deren Immobilien durch die Errichtung von Windkraftanlagen an Wert verlieren, sollen laut Forderung der AfD-Fraktion eine Entschädigung erhalten. Die Landesregierung müsse auf Landesebene die Voraussetzungen dafür schaffen, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/11597](#)), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Zum Anspruch auf Entschädigung zähle auch das Recht, die eigene Immobilie „von einem Anlagenbetreiber kaufen zu lassen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) überwiesen.

Schienenverkehr

3.12.2024 – Die Deutsche Bahn solle „zeitnah Klarheit schaffen“, welche zentralen Projekte in Nordrhein-Westfalen sie zum Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur bis 2030 plane und umsetzen werde. Dies fordern die Fraktionen von CDU und Grünen in einem gemeinsamen Antrag ([18/11607](#)). Die Fahrgastzahlen stiegen, die Infrastruktur aber wachse nicht im erforderlichen Maße

mit. Folgen seien unter anderem volle Waggonen, Verspätungen und Zugausfälle. Die Landesregierung solle zudem im Bund auf „auskömmliche Mittel für die Planung und Umsetzung von weiteren Schienensanierungs- und Ausbauprojekten“ drängen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. FDP und AfD lehnten ihn ab, die SPD enthielt sich. Ein Änderungsantrag der SPD ([18/11847](#)) wurde abgelehnt.

Soziale Arbeit im Netz

3.12.2024 – Soziale Arbeit müsse heute auch online zur Verfügung stehen, schreibt die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/11602](#)). Digitale Räume wie Social Media und Gaming-Plattformen seien „vor allem für die jüngere Generation elementare Bestandteile ihrer Lebenswelt“. Die Fraktion verweist auf ein Modellprojekt in Bayern. Dort sollen Streetworker „mitdiskutieren, um Radikalisierungsschleifen zu durchbrechen“, aber auch in Eins-zu-Eins-Chats Beratungen anbieten. Die Landesregierung solle gemeinsam mit dem Landesjugendring ein „Projekt für Digital Streetwork“ umsetzen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Eigene Budgets für Schulen

4.12.2024 – Die FDP-Fraktion fordert die Einführung von flexiblen Schulbudgets. Sie sollten es den Schulen ermöglichen, Entlastungen eigenverantwortlich zu finanzieren, heißt es in einem Antrag ([18/11600](#)). Die Schulen könnten davon beispielsweise Unterstützungskräfte einstellen. Lehrkräfte müssten sich „auf ihre Kernaufgaben – das Unterrichten und die pädagogische Förderung der Schülerinnen und Schüler – konzentrieren können, ohne durch andere Aufgaben übermäßig belastet zu werden“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.



Wärmewende

Foto: Schälte



4.12.2024 – Die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden müssen künftig sogenannte Wärmepläne aufstellen. Der Landtag hat dazu das „Landeswärmeplanungsgesetz NRW“ ([18/10465](#), [18/11651](#)) verabschiedet. Mit ihm werden Vorgaben des Bundes umgesetzt. Im Gesetz heißt es unter anderem: „Diese Wärmepläne dienen als strategisches Planungsinstrument zur Umsetzung der Wärmewende und bieten Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Sicherheit bei der Wahl der eigenen zukünftigen Wärmeversorgung.“ Ziel ist, dass in Deutschland bis 2045 klimaneutral geheizt wird. Das Gesetz wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP verabschiedet. Die AfD stimmte dagegen.

Aquaponik

5.12.2024 – Die FDP-Fraktion möchte das „große, bisher kaum genutzte Potenzial“ der sogenannten Aquaponik nutzen. Darunter ist laut einem Antrag der Fraktion ([18/11601](#)) eine Verbin-

dung von Fischzucht und Pflanzenanbau zu verstehen. In Aquaponik-Anlagen werde das Wasser aus Fischbecken, das mit Nährstoffen angereichert ist, für den Pflanzenanbau genutzt. Die Wassersparnis liege bei bis zu 90 Prozent. Start-ups und innovative landwirtschaftliche Projekte würden allerdings durch komplizierte Regulierungen gehemmt. Nötig seien Änderungen in der Bauordnung NRW, bei Genehmigungen sowie landwirtschaftlichen Förderprogrammen, die den Ausbau und Einsatz von Aquaponik erleichterten. Die weitere Beratung erfolgt im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (federführend).

GEMA und Ehrenamt

6.12.2024 – Um ehrenamtlich tätige Organisationen von bürokratischem und finanziellem Aufwand zu entlasten, solle das Land einen Rahmenvertrag mit der GEMA abschließen. Das regt die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/11605](#)) an. GEMA ist die Abkürzung für „Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte“. Bei vielen Veranstaltungen von Vereinen, aber auch in Kindertagesstätten werde Musik eingesetzt, um ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Für die Nutzung lizenzpflichtiger Musik müssten Gebühren gezahlt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. Neben der SPD stimmte auch die FDP dafür, die AfD enthielt sich.

Rassehunde

6.12.2024 – Die AfD-Fraktion kritisiert die vom Bund geplante Neuregelung im Kampf gegen sogenannte Qualzuchten bei Rassehunden. Die Reform des Tierschutzgesetzes sei grundsätzlich ein unterstützenswertes Unterfangen, heißt es im Antrag ([18/11594](#)). Die Problematik des Gesetzentwurfs liege allerdings darin, dass er sehr unbestimmte Symptombeschreibungen benutze. „So könn-



Foto: Schälte

AUS DEM PLENUM

ten die kennzeichnende kleine Körpergröße bzw. die kurzen Beine des Dackels oder die Kurzschnäuzigkeit von Boxern als Anomalie ausgelegt werden, was einem Zuchtverbot gleichkäme.“ Die Fraktion fordert unter anderem von der Landesregierung, auf eine Überarbeitung der Neuregelung hinzuwirken. Es dürften nur Merkmale aufgenommen werden, die auf „tatsächlichen Gesundheitsproblemen“ beruhen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

Digitalisierung



Foto: Schälte

18.12.2024 – Die Digitalisierung von Berufsanererkennungsverfahren ausländischer Fachkräfte ist Thema eines Antrags der FDP-Fraktion ([18/12024](#)). Um dem erheblichen Fachkräftemangel in NRW zu begegnen, sei eine schnelle Integration ausländischer Fachkräfte in den Arbeitsmarkt notwendig. Bestehende Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen müssten daher beschleunigt, vereinheitlicht und digitalisiert werden. Dazu solle die digitale Antragstellung auf alle Gesundheitsberufe und weitere Berufsfelder ausgeweitet werden. Zusätzlich fordert die FDP-Fraktion, ein KI-Konzept zu entwickeln, das die Prüfung von Anträgen beschleunige. Die rechtlichen Voraussetzungen etwa bei Datenschutz und Informationssicherheit müssten zeitnah von der Landesregierung geprüft und in den zuständigen Fachausschüssen vorgestellt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. SPD und FDP stimmten mit Ja, die AfD enthielt sich.

Frauen und Arbeitsmarkt

18.12.2024 – Die SPD-Fraktion spricht sich für mehr Respekt für Frauen auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Landesregierung solle sich dafür einsetzen, dass die „Rahmenbedingungen und die Chancengerechtigkeit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert werden“, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/12016](#)). Als Arbeitgeber solle sie mit gutem Beispiel vorangehen und „strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen

im öffentlichen Dienst“ abbauen. Zudem solle die Landesregierung eine Gleichstellungsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln. In ihrem Antrag formuliert die SPD zahlreiche Forderungen unter anderem zur Entgeltgleichheit sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Abgeordneten haben den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (federführend) überwiesen.

Luftverkehr

18.12.2024 – Die FDP-Fraktion fordert bessere Standortbedingungen für die Luftverkehrsbranche in Nordrhein-Westfalen. Diese beklage seit Langem zu hohe Kostenbelastungen an deutschen Flughäfen, heißt es in einem Antrag ([18/12023](#)). Im Luftverkehr seien Deutschland und NRW „nicht mehr wettbewerbsfähig“. Die Fraktion hebt die Bedeutung der Branche für den Wirtschaftsstandort hervor. Die Landesregierung müsse ein „ganzheitliches Luftverkehrskonzept“ umsetzen, um eine bedarfsgerechte Entwicklung der Infrastruktur sicherzustellen. Die FDP spricht sich auch für vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren aus. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen.

Provenienzforschung

18.12.2024 – Die Koordinierungsstelle für Provenienzforschung in Nordrhein-Westfalen wird verstetigt. Dies beschloss der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/12028](#)). Für das Vorhaben stimmte neben den beantragenden Fraktionen auch die AfD. SPD und FDP enthielten sich. Ein Änderungsantrag ([18/12282](#)) von SPD und FDP wurde mehrheitlich abgelehnt. Die dreijährige Pilotphase der Einrichtung endet im Dezember 2024. Die Provenienzforschung kümmert sich um die Geschichte der Herkunft von Kunstwerken und Kulturgütern. Besondere Bedeutung hat sie im Zusammenhang mit historischen Enteignungen beispielsweise im Zuge der Kolonialherrschaft oder der NS-Zeit. Das Land beweise mit der Forschungsstelle „einen verantwortungsbewussten Umgang mit seiner Geschichte und unterstützt Museen, andere kulturelle Einrichtungen, Kommunen, aber auch den Kunsthandel bei der Identifizierung von geraubten Objekten“, heißt es im Antrag.

Ältere Generation

18.12.2024 – Die SPD-Fraktion setzt sich für eine stärkere Integration der älteren Generation in die Gesellschaft ein. „Viele Menschen stehen auch im hohen Alter mitten im Leben. Sie arbeiten, helfen ihren Familien, engagieren sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich und bringen Erfahrung mit“, heißt es in einem Antrag ([18/12015](#)). Die Landesregierung müsse mehr soziale Teilhabe ermöglichen und unter anderem das Ehrenamt stärken. Die Gründung von Seniorentreffs sowie Quartiersprojekte sollten ebenfalls gefördert werden. Die weitere Beratung erfolgt im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Entlastung für die Kriminalpolizei

18.12.2024 – Kriminalassistentinnen und -assistenten sollen während eines Pilotprojekts die Polizei entlasten. Der Landtag hat einem entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/12027](#)) zugestimmt. Die Aufgaben der Kriminalpolizei hätten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, heißt es im Antrag. Kriminalität sei vielschichtiger geworden, der Anteil an administrativen Tätigkeiten nehme ständig zu. Die Idee, Kriminalassistentinnen und -assistenten einzusetzen, gehe auf die Idee einer Arbeitsgruppe des Innenministeriums zurück. Es gebe sie bereits in anderen Ländern. Als „qualifizierte Generalisten“ könnten sie die „Sachbearbeitung einfach gelagerter Fälle“ übernehmen. Für den Antrag stimmten CDU, SPD, Grüne und AfD. Die FDP enthielt sich.

Finanzkriminalität

19.12.2024 – Die erfolgreiche Arbeit einer „Task Force“ aus Polizei, Justiz und Finanzverwaltung solle fortgesetzt werden. Das betonen die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen in einem gemeinsamen Antrag ([18/12031](#)). Hintergrund: Im Januar folge der zweite und abschließende Schritt zum Aufbau des „Landesamts zur Bekämpfung der Finanzkriminalität Nordrhein-Westfalen“. Die insgesamt 50 neu geschaffenen Stellen sollen „mit hoher Priorität“ zeitnah durch Expertinnen und Experten besetzt werden, fordern die Fraktionen. Bereits seit 2018 existiere ein ständiger Arbeitsverbund der Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen. Ziel sei es, illegale Finanzierungsquellen Organisierter Kriminalität und von Terrorismus zu verfolgen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. FDP und AfD enthielten sich.

Digitale Bürgerbeteiligung

19.12.2024 – Die Abgeordneten haben sich in 1. Lesung mit einem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung ([18/12025](#)) befasst. Das Sammeln von Unterschriften, ein zentraler Bestandteil direktdemokratischer Prozesse, verursache derzeit hohen Verwaltungsaufwand und erhebliche Kosten. Der Entwurf sieht die Einführung eines ergänzenden digitalen Verfahrens vor, um Bürgerbeteiligung zu erleichtern und Kosten zu senken. Elektronische Zeichnungen sollen durch persönliche Identifikationssysteme wie die Deutschland-ID möglich werden, die jedem zur Verfügung steht. Vorteile des Verfahrens seien ein barrierefreier Zugang, Zeitersparnis, größere Widerstandsfähigkeit der Demokratie gegenüber äußeren Einflüssen wie Extremwetter sowie Kostensenkung. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

Medikamente

19.12.2024 – Der Landtag hat sich erneut mit Lieferengpässen bei Medikamenten befasst. Anlass war ein Antrag der AfD-Fraktion ([18/12013](#)), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, mit



Foto: Schälte

schnellen Maßnahmen gegenzusteuern. So solle insbesondere die Produktion von Wirkstoffen nach NRW zurückgeholt werden. Die Fraktion spricht sich für ein Förderprogramm auf, um Unternehmen aus der Medizinproduktion mit günstigen Förderkrediten für notwendige Investitionen auszustatten. Die Landesregierung solle zudem ein Monitoringsystem ins Leben rufen, „mit dem eine ständige Überwachung der Versorgung mit essenziellen Medikamenten und Medizinprodukten möglich ist“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Grenzen und Geflüchtete

19.12.2024 – Die AfD-Fraktion verlangt eine „grundlegende Wende in der Migrationspolitik“. Die Landesregierung müsse sich im Bund dafür einsetzen, dass aktuelle Forderungen des Deutschen Landkreistags umgesetzt würden, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([18/12011](#)). Demnach sei die „Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der Kommunen erschöpft“ und eine „strikte Begrenzung der irregulären Migration“ erforderlich. Die Sicherheitspakete der Bundes- und Landesregierung seien nicht geeignet, den „grundlegenden Kurswechsel der Migrationspolitik“ herbeizuführen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

KI im Gesundheitswesen

18.12.2024 – Künstliche Intelligenz (KI) könne dazu beitragen, die Versorgung von Patientinnen und Patienten zu verbessern sowie Prävention und Gesundheitsförderung zu stärken. Dies schreiben die Fraktionen von CDU und Grünen in einem gemeinsamen Antrag ([18/12032](#)). Die Landesregierung solle ein interdisziplinäres Gutachten zur Entwicklung einer „KI-Strategie im Gesundheitswesen“ in Auftrag geben. Es solle auf den Handlungsempfehlungen des Deutschen Ethikrats und den ethischen Grundsätzen der Weltgesundheitsorganisation basieren. Die weitere Beratung erfolgt im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Sorgen um die Wirtschaft

5. Dezember 2024 – Um Unternehmen und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen ging es in einer Aktuellen Stunde. Die SPD-Fraktion hatte die Debatte beantragt. Sie bezog sich auf Zahlen des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die von der Landesregierung am 26. November 2024 veröffentlichte Prognose für die Wirtschaft im kommenden Jahr müsse im Vergleich zu den Zahlen aus dem Sommer mehr als halbiert werden, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag (18/11835). Nur noch jedes zehnte nordrhein-westfälische Industrieunternehmen berichte von guten Geschäften. Dies sei ein „historischer Tiefstand“. Beispiele für die „wirtschaftliche Schieflage“ fänden sich zuhauf. Betroffen seien unter anderem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Statt einen zukunftsorientierten Plan vorzulegen, die Wirtschaft anzukurbeln und für eine nachhaltige Arbeitsplatzsicherung zu kämpfen, belasse es die Landesregierung „bei Worthülsen und Betroffenheitserklärungen“.

Für die SPD nahm [Lena Teschlade](#) den geplanten Abbau von 2.900 Stellen im Kölner Fordwerk und die schwierige Situation der energieintensiven Industrie allgemein in den Blick. Ein zentraler Baustein, um den Industriestandort in NRW wettbewerbsfähig zu machen, sei die von der Bundesregierung angestrebte Halbierung der Netzentgelte. Es sei Aufgabe auch der CDU in NRW, dieses Vorhaben zu unterstützen und den Wirtschaftsstandort „nicht zum Spielball im Wahlkampf zu machen“.

Das fehlende Vertrauen in die Politik der SPD sei für die schlechte Lage am Wirtschaftsstandort Deutschland verantwortlich, hielt [Dr. Jan Heinisch](#) (CDU) entgegen. Nicht die Wirtschaft, sondern fehlende Verlässlichkeit der Bundespolitik sei daher das Problem. Schwarz-Grün stehe an der Seite der Menschen. Wer wie die SPD die Förderung von E-Autos streiche, könne von der Landesregierung in NRW jedoch nicht erwarten, „die herabstürzenden Trümmer aufzufangen“.

FDP-Fraktionschef [Henning Höne](#) nannte als Grund für die Krise einen „giftigen Cocktail“ unter anderem aus einer zu hohen Steuerlast sowie hohen Lohnneben- und Energiekosten. Es gebe seit Langem Warnungen, dass die Industrie dies nicht durchhalten könne. Die Landesregierung habe sich für einen wirtschaftspolitischen Weg des „immer mehr Staat“ entschieden. Statt Subventi-

onen für einige Wenige brauche es aber „bessere Rahmenbedingungen für alle“. Gefragt seien „mutige Strukturreformen“.

Grünen-Fraktionschefin [Wibke Brems](#) verwies auf Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre. Dazu gehörten ein „krampfhaftes Festhalten“ an „vermeintlich“ preiswertem Gas aus Russland und fehlende Investitionen aufgrund einer falsch ausgestalteten Schuldenbremse. In den Unternehmen sei zu wenig auf zukunftsfähige Produkte gesetzt worden. Die Landesregierung wolle NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen und dadurch zukunftssichere Jobs und Wohlstand schaffen.

Bürokratische Hemmnisse

Linke Politiker würden Vorständen von Industrieunternehmen einseitig vorwerfen, sie hätten Markttrends verschlafen, kritisierte [Christian Loose](#) (AfD). Schuld treffe dagegen vielmehr die Politik, die jahrelang E-Autos gefördert und den Markt für Autos mit Verbrennermotoren in Deutschland kaputtgemacht habe. Die heimische Industrie brauche das „Ende des Verbrennerverbots“, günstige Energie, den „Abbau der Klimasteuern“ und eine „Rückkehr zur Marktwirtschaft“.

„Wir befinden uns wirtschaftlich in enorm schwierigen Zeiten“, sagte Wirtschaftsministerin [Mona Neubaur](#) (Grüne). Dies sei auf die „Großwetterlage“ sowie auf branchen- und unternehmensspezifische Gründe zurückzuführen. Die Landesregierung biete Hilfe für Unternehmen, wenn sie in Schieflage gerieten, und arbeite daran, beste Voraussetzungen für den Industriestandort NRW zu schaffen – etwa durch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und den Abbau bürokratischer Hemmnisse.

Verbunden war die Aktuelle Stunde mit dem Antrag der SPD-Fraktion „Stellenabbau bei Ford in Köln – Entlassungswellen in der Industrie entschlossen entgegenzutreten“ (18/11606). Er wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

rüc, wib, tob



Fotos: Schälte

Lena Teschlade (SPD)

Dr. Jan Heinisch (CDU)

Henning Höne (FDP)

Wibke Brems (Grüne)

Christian Loose (AfD)

Wirtschaftsministerin
Mona Neubaur (Grüne)

Kriminelle Clans im Blick

6. Dezember 2024 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über Straftaten krimineller Clans diskutiert. Der Aussprache lag ein Antrag der AfD-Fraktion zugrunde. Sie bezog sich auf das Ende November vorgestellte Lagebild des Landeskriminalamts.

Die AfD-Fraktion spricht in ihrem Antrag ([18/11836](#)) von „alarmierenden Zahlen“. Mit mehr als 7.000 registrierten Straftaten habe die Clankriminalität im Land einen neuen Höchststand erreicht. Auch die Zahl der Tatverdächtigen sei mit 4.213 Personen auf ein Rekordniveau gestiegen. Besonders besorgniserregend sei der hohe Anteil von Mehrfachtätern. Es gelte, „die bisherigen Strategien der Landesregierung kritisch zu beleuchten, mögliche Defizite zu identifizieren und dringend erforderliche Lösungsansätze zu diskutieren“.

„Die ganze Wahrheit wird uns allen verschwiegen“, sagte [Markus Wagner](#) (AfD), sie werde „absichtlich vertuscht und verheimlicht“. Denn: Das Lagebild des Landeskriminalamts berücksichtige ausschließlich türkisch-libanesische Clans. Nicht genannt würden „die neuen syrischen, nigerianischen, irakischen Clans“. Wagner fragte: „Wann werden endlich die neuen Verbrecherbanden ins Lagebild aufgenommen?“ Die „CDU-Politik“ sei „schädlich und planlos“.

„Verschwörungstheorien“

Sein Vorredner verbreite Verschwörungstheorien, hielt [Gregor Golland](#) (CDU) dagegen. Der AfD gehe es nicht um Aufklärung, sondern um die „Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund“. Sie nutze das Thema, um die Gesellschaft zu spalten. Das sei „wie Wasser – durchsichtig und geschmacklos“. Das Lagebild beleuchte das Phänomen von allen Seiten. Nordrhein-Westfalen stehe deutschlandweit an der Spitze der Bekämpfung von Clankriminalität, sagte Golland.

„NRW ist eine Hochburg der Clankriminalität“, sagte [Benedikt Falszewski](#) (SPD). Die Statistik zeichne ein „düsteres Bild“ – mit einem Anstieg im vergangenen Jahr von rund 7 Prozent bei registrierten Straftaten von Clanmitgliedern. Das sei eine „wirklich bittere Bilanz“ und widerspreche den Ankündigungen des Innenministers, Clankriminalität effektiv bekämpfen zu wollen. Die

Strategie der tausend Nadelstiche der Landesregierung sei „vollends gescheitert“.

Der AfD-Fraktion gehe es mit ihrem Antrag um das „Schüren von Ressentiments gegenüber Menschen, die nichtdeutsche Namen haben“, kritisierte [Mehrhad Mostofizadeh](#) (Grüne). Die Fraktionen von Grünen und CDU lehnten das sehr entschieden ab. Es sei selbstverständlich, dass deutsches Recht durchgesetzt werde. Die Landesregierung werde intensiv daran weiterarbeiten, patriarchale Clanstrukturen in Nordrhein-Westfalen zu bekämpfen.

[Marc Lürbke](#) (FDP) kritisierte, dass bei kriminellen Clans in Nordrhein-Westfalen „Goldgräberstimmung“ herrsche, während die Landesregierung in Passivität verharre. Es würden Konsequenzen und unaufhaltsame Stiche gegen die Organisierte Kriminalität benötigt. Lürbke forderte eine „massive personelle Aufstockung“ vor allem bei Kriminalpolizei und Justiz, eine konsequente Vermögensabschöpfung und „mehr Schlagkraft“ gegen die Hintermänner der kriminellen Strukturen.

Minister [Karl-Josef Laumann](#) wies in Vertretung für Innenminister Herbert Reul (beide CDU) die Kritik der Opposition zurück. Die Clankriminalität stehe seit 2017 ganz oben auf der Agenda des Innenministers und der gesamten Landesregierung. NRW sei längst „kein Selbstbedienungsladen“ mehr für Clankriminelle. Die Polizei stehe ihnen auf den Füßen, und dies mache sie gut. Wenn ein Name in NRW für Sicherheit und die Bewahrung des Rechtsstaats stehe, dann sei es der von Innenminister Reul.

zab, tob, wib



Ein Ort für Sorgen und Nöte

19. Dezember 2024 – Der Petitionsausschuss des Landtags hat auch in diesem Jahr wieder zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern bei Problemen mit Behörden helfen können. Die Bilanz stellte Ausschussvorsitzender Serdar Yüksel (SPD) im Plenum vor. Einer der Schwerpunkte 2024: das Sozialrecht.

Insgesamt gingen in diesem Jahr rund 4.600 Petitionen beim Ausschuss ein. Etwa 4.000 wurden erledigt. Rund 30 Prozent betrafen das Sozialrecht. Auf Platz zwei und drei folgen das Ausländerrecht (rund 20 Prozent) und „Bauen, Wohnen, Verkehr, Umwelt“ (rund 15 Prozent).

Den Ausschuss erreichten auch wieder Massenpetitionen, unter anderem zur Krankenhausreform, zur Betreuung in den Kindertagesstätten und zur Förderung der sogenannten Kinderwunschbehandlung.

Bedeutung für die Demokratie

Der Vorsitzende verwies in seiner Rede auf die Bedeutung des Petitionsrechts insbesondere in Zeiten politischer Herausforderungen. Yüksel betonte: „Spätestens seit der Corona-Pandemie zeigt sich, dass die zahlreichen Eingaben besorgter Bürgerinnen und Bürger weit mehr sind als ein bloßer Spiegel der aktuellen Sorgen und Nöte. Sie bieten uns als Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Möglichkeit, politische Entscheidungen zu reflektieren, ihre Auswirkungen zu hinterfragen und gegebenenfalls Kurskorrekturen vorzunehmen.“

Angesichts einer zunehmenden Polarisierung der gesellschaftlichen Debatte und eines Vertrauensverlusts in die Politik sei es von „essenzieller Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Anlaufstelle haben – einen Ort, an dem ihre Sorgen und Nöte Gehör finden, an dem sie ernst genommen werden und an dem

geholfen wird, wo immer es möglich ist. Der Petitionsausschuss erfüllt genau diese Aufgabe und ist damit ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Systems“.

Das Petitionsrecht ist im Grundgesetz und in der Landesverfassung festgeschrieben. Es ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern, sich bei Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen oder ungleicher Behandlung durch Behörden an die Parlamente zu wenden. Dem Petitionsausschuss des Landtags gehören Abgeordnete aller Fraktionen an.

Eine Petition darf grundsätzlich jeder einreichen, egal, wie alt sie oder er ist, unabhängig von der Staatsbürgerschaft und alleine oder in Gruppen. Für die Formulierung gibt es keine Vorgaben. Die Petition muss allerdings schriftlich, unterschrieben und unter der Nennung von Namen und Adresse erfolgen. Eine Unterschriftenliste ist nicht erforderlich.

Auch die Abgabe einer Online-Petition auf der Internetseite des Landtags ist möglich.

Der Ausschuss berichtet dem Plenum regelmäßig über seine Arbeit.

red

Mehr Informationen zum Petitionsausschuss des Landtags:

<https://lt.nrw/Petitionsrecht>



Foto: SecondSide - stock.adobe.com



SCHWERPUNKT

Bestattungskultur im Wandel

27. November 2024 – Die Beisetzung einer Urne im eigenen Garten? Oder eine „Reerdigung“, bei der ein Leichnam in einer Art Kokon mithilfe von Mikroorganismen zersetzt wird? Beides ist in Nordrhein-Westfalen nicht zulässig. Die Landesregierung sieht derzeit auch keinen Anlass, daran etwas zu ändern. Dies geht aus einem Bericht an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hervor. Sachverständige haben sich in einer Anhörung dazu geäußert.

Foto: Schälte

Die Fraktionen von SPD und FDP hatten um die Vorlage ([18/2678](#)) gebeten. Früher seien Erdbestattungen vorherrschend gewesen, heute Urnenbeisetzungen, berichtet die Landesregierung: „Die Bestattungskultur verändert sich beständig.“ Eine Überarbeitung oder Änderung des Bestattungsgesetzes halte man jedoch „aktuell für nicht angebracht“. Es gelte im Ländervergleich als modern und liberal. Einen Bedarf für die Zulassung neuer Bestattungsformen sehe man nicht.

In Schleswig-Holstein dagegen sind „Reerdigungen“ im Zuge eines Modellprojekts unter Beteiligung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) möglich. Hintergrund: eine „Experimentierklausel“ im dortigen Bestattungsgesetz. Die bei diesem Verfahren entstandene Erde wird nach etwa 40 Tagen entnommen und auf einem Friedhof in einem Erdgrab beigesetzt.

„Ökologisch verträglicher“

Das Start-up „Meine Erde“, das „Reerdigungen“ in Schleswig-Holstein anbietet, schreibt in seiner Stellungnahme für den Ausschuss: „Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen, dass es inzwischen viele Menschen gibt, die sich Alternativen wünschen, die einerseits ökologisch verträglicher sind und eine Verbindung zur Natur erlauben und andererseits der Individualität und Willensbekundung der verstorbenen Person beim Abschied stärker Rechnung tragen. Die neue Bestattungsalternative Reerdigung erfüllt für viele Menschen diese Bedürfnisse.“

Aus ersten gewonnenen Daten lasse sich ableiten, dass der Prozess funktioniere, heißt es in einer Stellungnahme des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Leipzig. Man habe bislang 22 „Reerdigungen“ wissenschaftlich begleitet: „Durch die im Prozess entstehenden hohen Temperaturen (bis zu 70°C über mehrere Tage) und die biochemischen Prozesse der bakteriellen Zersetzung gehen aus unserer Sicht im normalen alltäglichen Umgang

mit der ‚neuen‘ Erde keine gesundheitlichen Gefahren aus.“ Für das Projekt liege ein positives Votum der Ethikkommission der Medizinischen Fakultät vor.

Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund NRW äußern sich zurückhaltend. Das Verfahren lasse in der Praxis noch Fragen offen – etwa zur Totenruhe. Grundsätzlich halte man die bestehenden Bestattungsmöglichkeiten in NRW für ausreichend. Katholisches und Evangelisches Büro in Nordrhein-Westfalen sehen das ähnlich. Ebenso der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein. Im Judentum sei ausschließlich die Erdbestattung erlaubt.

Ein neues Verfahren müsse „wie jedes neue Produkt und jede neue Dienstleistung fachlich geprüft werden, allgemein verständlich und transparent darstellbar sein“, so der Bestatterverband Nordrhein-Westfalen. Beides sei bislang nicht der Fall. Grundsätzlich sei festzuhalten: „Es handelt sich hier nicht nur um die Erprobung eines neuen Produkts oder eines beliebigen technischen Verfahrens. Es geht hier um die Handhabung des Körpers eines verstorbenen Menschen im individuellen und intimen Prozess der Bestattung.“

Bestattermeisterin Stefanie Kamp-Knorren (Düsseldorf) schreibt in ihrer Stellungnahme: „Aus trauerpsychologischer Sicht empfinde ich den langen Zeitraum zwischen der Verlustsituation und der endgültigen Beisetzung für die Angehörigen als problematisch.“ Christian Fritz, Bestattermeister in Bochum, hält es „für verfrüht und unangemessen, eine gesetzliche Änderung zur Förderung der Reerdigung zu beschließen“. Eine „Experimentierklausel“ halte er im Bestattungswesen für untragbar. Der Respekt vor der Totenruhe und die Pietät gegenüber den Hinterbliebenen verböten es, solche Prozesse als bloße Testfelder zu betrachten.

David Roth vom Bestattungshaus Pütz-Roth (Bergisch Gladbach) vertritt einen anderen Standpunkt: „Bei den alternativen Bestattungsformen sollte der Gesetzgeber größere Freiheit gewähren und sich auf den verantwortungsvollen Umgang der Bestatter und Angehörigen mit den Toten verlassen.“ Er befür-

worte „die sehr interessante, weil CO₂-sparende und Naturnähe ausstrahlende Bestattungsform der ‚Reerdigung‘.“ Sie sei eine „gute Alternative zu der oft als brutal empfundenen Verbrennung und der immer weniger nachgefragten Bestattung in einem Sarg“.

„Reerdigungen“ waren nur eines von vielen Themen der Anhörung – es ging auch um Argumente für oder gegen eine Urnenbestattung im eigenen Garten. Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund NRW raten von einer Liberalisierung ab. Die juristische Gleichbehandlung von Urnen und Särgen sollte beibehalten werden. Zudem sei es ein erheblicher Unterschied, „ob Urnen auf einem dauerhaft für Bestattungszwecke gewidmeten Grundstück oder im Garten eines Privathauses bestattet werden“. Privathäuser würden verkauft, vererbt und manchmal auch zwangsversteigert: „Man stelle sich vor, wie der neue Eigentümer reagiert, wenn er oder sie bei der Umgestaltung des Gartens auf Urnen oder Überreste von Verstorbenen trifft. Mit dem Gedanken der Totenruhe ist das nur schwer zu vereinbaren.“

„Nicht mehr zeitgemäß“

Bei „Aeternitas“, einer Verbraucherinitiative zur Bestattungskultur, urteilt man anders. Die bestehenden Vorschriften seien zumindest für Urnen oder Asche nicht mehr zeitgemäß, schreibt der Verein. Zum Beispiel dürften Urnen nicht zu Hause aufbewahrt oder die Asche nicht in der freien Natur verstreut werden. Fast alle europäischen Länder seien da weniger streng. „Viele Menschen nehmen deshalb Angebote im Ausland wahr, um die Urne oder Asche dort in der Natur beizusetzen oder zu verstreuen. Andere lassen sich im Ausland die Urne aushändigen, um sie (heimlich) mit nach Hause zu nehmen und so die Friedhofspflicht zu umgehen.“ *zab*

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie unter:
<https://lt.nrw/Bestattungskultur>



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Friedhöfe ...



Marco Schmitz
(CDU)



... sind Orte der Ruhe, Erinnerung und Begegnung. Sie bewahren die Geschichte unserer Gemeinschaft und bieten Raum für Trauer, Besinnung und Würde. Gleichzeitig sind sie Denkmäler, die unsere kulturelle Identität reflektieren, und grüne Oasen in Städten. Friedhöfe verbinden Natur und Mensch und erinnern an die Bedeutung des Lebens sowie den respektvollen Umgang miteinander.



Thorsten Klute
(SPD)



... sind Orte der Trauer und der Begegnung. Jeder Mensch hat die Möglichkeit, Verstorbene zu besuchen und in Würde zu trauern. Doch sie müssen stärker in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte gerückt werden: Wie können Friedhöfe noch ansprechender gestaltet werden? Wie sieht der Friedhof der Zukunft aus? Diese Fragen spielen auch für den Umgang mit Trauer eine Rolle.



Mehrdad Mostofizadeh
(Grüne)



... sind Orte der Trauer und des Erinnerns. Gleichzeitig können sie Orte der Begegnung, des Lernens und der ökologischen Vielfalt sein. Wenn diese Funktionen angemessen und würdevoll miteinander verbunden werden, werden Friedhöfe vermehrt zu Orten der Lebenden. Damit tragen sie zu einem positiven Gemeinschaftsgefühl bei und könnten sogar gegen Einsamkeit wirken.



Susanne Schneider
(FDP)



... sind auch weiterhin wichtige Orte der öffentlichen Trauer. Trauer ist jedoch ein höchstpersönliches Gefühl, mit dem jeder Mensch anders umgeht. Die Bestattungskultur in unserem Land ändert sich. Friedhöfe sollten daher ihre Satzungen öffnen, um auch neue Wege zu ermöglichen. Für mich ist zudem die Trägerschaft von Friedhöfen durch Dritte, wie z. B. private Unternehmen, vorstellbar.



Dr. Martin Vincentz
(AfD)



... sind nicht nur Orte der Trauer, sondern auch ein kulturelles Erbe und Ausdruck christlich-abendländischer Tradition. Ihre Gestaltung und Pflege tragen dazu bei, Geschichte und Identität zu bewahren. Als Orte der Besinnung und Erinnerung stärken sie traditionelle Werte und die Verbundenheit mit der eigenen Familie, Bekannten und der Heimat.

Bestattungskultur

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

„Reerdigungen“ ...

... sind eine alternative Bestattungsform, bei der der Körper durch einen natürlichen Prozess in Erde umgewandelt wird. In Nordrhein-Westfalen ist diese Methode rechtlich derzeit nicht zulässig. Sie wirft Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und zu den rechtlichen Rahmenbedingungen auf, die in der Zukunft möglicherweise weiter diskutiert werden.

... sind eine alternative Form der Bestattung, welche in Nordrhein-Westfalen zurzeit nicht möglich sind. Es handelt sich dabei um die Verwandlung des Körpers zu Erde, die dem ökologischen Kreislauf wieder zugeführt werden kann. Damit diese Bestattungsform in NRW auch durchgeführt werden kann, müssen alle Akteurinnen und Akteure des Bestattungswesens im Rahmen einer Novellierung des Bestattungsgesetzes an einen Tisch geholt werden.

... sind für immer mehr Menschen eine attraktive Alternative zu bisherigen Bestattungsformen. Sie schonen Ressourcen, weil sie anders als Krematorien keinen hohen Energieeinsatz benötigen. Die „neue Erde“ nach dem Reerdigungsprozess ist unbedenklich für Umwelt und Gesundheit – das ist wissenschaftlich erwiesen. In der Anhörung wurden keine schwerwiegenden Gründe erkennbar, die gegen eine Zulassung auch in NRW sprechen.

... sind eine neue Bestattungsform, die derzeit in Schleswig-Holstein erprobt wird. Bislang ist die Nachfrage noch nicht besonders groß. Wenn aber Menschen sich diese spezielle Form, bei der der Leichnam innerhalb von 40 Tagen in humusartige Erde transformiert wird, als Alternative zu Erd- und Feuerbestattung wünschen, sollte dies aus meiner Sicht nicht durch ein restriktives Bestattungsgesetz verhindert werden.

... werfen ethische und praktische Fragen auf, da sie mit traditionellen Vorstellungen von Würde und Pietät kaum vereinbar sind. Die mechanische Bearbeitung der Überreste und die langen Fristen belasten Hinterbliebene zusätzlich. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens oder wissenschaftlich fundierte Argumente für eine solche Praxis liegen bislang nicht vor.

Die Urne im Garten ...

... ist in Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen, rechtlich nicht erlaubt. Diese Regelung schützt die Totenruhe und gewährleistet, dass Trauernde einen öffentlichen und zugänglichen Ort für Erinnerungen haben. Privatgrundstücke bieten diese Möglichkeit nicht, da sie nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind.

... kommt gelegentlich als Wunsch vor. Sie schließt aber viele Menschen von der Möglichkeit der Trauer und der Begegnung mit der verstorbenen Person aus. Erst an der Tür klingeln zu müssen, um zu fragen, ob man an der Urne innehalten darf, ist oftmals nicht praktikabel.

... ist für manche Menschen ein wichtiges Zeichen von Nähe zu Angehörigen oder Verbundenheit mit ihrem eigenen Zuhause. Was aber passiert, wenn ein Grundstück mit Urne verkauft würde? Solche Fragen sind noch offen. Auch darüber, ob geringe Mengen der Asche entnommen werden dürfen, um Erinnerungsgegenstände zu fertigen, gibt es Diskussionsbedarf.

... sollte meiner Meinung nach endlich ermöglicht werden. Viele Hinterbliebene haben den Wunsch, ihren verstorbenen Liebsten auch weiterhin nahe zu sein. Die Möglichkeit, die Urne auf dem eigenen Grundstück beizusetzen, würde vielen Menschen die Trauerarbeit erleichtern und emotionalen Trost spenden. Etliche Angehörige sind auch nicht mehr so mobil, als dass sie einen weiter entfernten Friedhof besuchen könnten.

... kann für Angehörige eine größere Nähe und Trost bieten, birgt jedoch Risiken für die Wahrung der Würde des Verstorbenen. Zentrale Orte wie Friedhöfe ermöglichen eine gemeinschaftliche Erinnerungskultur, die das Andenken über Generationen hinweg bewahrt. Der Verlust dieser Tradition könnte langfristig auch soziale Folgen haben.

Das Bestattungsgesetz ...

... in NRW gewährleistet einen würdevollen Umgang mit Verstorbenen und gibt Trauernden einen verlässlichen Rahmen für ihre Abschiednahme. Es wahrt ethische Werte und dient dem Schutz der Gemeinschaft. Änderungen an diesem sensiblen Regelwerk müssen stets gut überlegt sein, um die Balance zwischen Tradition, Ethik und den Bedürfnissen der Hinterbliebenen zu erhalten.

... wurde seit Jahren nicht verändert, dabei ist viel passiert: Die Gesellschaft hat sich gewandelt, Zugewanderte haben oftmals andere Bestattungstraditionen. Zudem gibt es neue Bestattungsformen wie die Reerdigung. Daher ist klar: Das Bestattungsgesetz kann und sollte geändert werden – aber nur gemeinsam und unter Einbindung aller relevanten Akteurinnen und Akteure des Bestattungswesens.

... wurde zuletzt vor rund zehn Jahren reformiert. Seitdem hat sich die Bestattungskultur weiter gewandelt. Deshalb begrüßen wir, dass sich die demokratischen Fraktionen offen über Fragen des Bestattungswesens austauschen. Jeder Mensch sollte über die eigene Bestattung entscheiden dürfen – solange die Form nicht gegen die guten Sitten oder notwendige Umweltbestimmungen verstößt. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

... muss modernisiert und liberalisiert werden. Ein besonderes Herzensanliegen ist es mir dabei, dass die Regelungen zur Bestattung von „Sternenkindern“, also von tot- oder fehlgeborenen Kindern, überprüft werden. Die noch geltende Regelung zur „Entsorgung“ von tot- oder fehlgeborenen Kindern erscheint mir angesichts ausreichender Vorgaben an anderer Stelle weder notwendig noch angemessen.

... sollte bewährte Prinzipien wie die Friedhofspflicht und die Einhaltung ethischer Standards sichern. Veränderungen, die zu einer Aufweichung dieser Regelungen führen, bedürfen sorgfältiger Abwägung, um die kulturelle und moralische Bedeutung der Bestattungskultur in der Gesellschaft nicht zu gefährden. Auch der Schutz der Hinterbliebenen vor unnötigen Belastungen ist zu berücksichtigen.

AUS DEN FRAKTIONEN

Neue Enquete-Kommission: Wir machen NRW zum Vorreiter für den Einsatz von KI

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter für den Einsatz von KI machen. Deshalb haben wir gemeinsam mit der FDP-Fraktion die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Für einen smarten Staat in der digitalisierten Gesellschaft“ auf den Weg gebracht. KI bietet die Möglichkeit, Routineaufgaben zu automatisieren, den Alltag zu erleichtern sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Arbeitsplätzen zu stärken. Die Kommission wird sich auch mit möglichen Risiken und mit Auswirkungen von KI zum Beispiel auf den Arbeitsmarkt beschäftigen. Gemeinsam mit Experten wollen wir Lösungen und Empfehlungen erarbeiten für Themenfelder wie Digitalisierung, Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und den verantwortungsbewussten Umgang mit der Technologie.

Die Arbeit der Kommission wird sich auf fünf zentrale Bereiche konzentrieren: Unter anderem wird untersucht, wie KI als Innovationsmotor für Start-ups, Mittelstand und Industrie genutzt werden kann, um neue Märkte zu erschließen und bestehende zu stärken. Auch mit KI in der Forschung wird sich die Kommission befassen sowie mit der Vermittlung digitaler Kompetenzen, damit alle Bürgerinnen und Bürger von Künstlicher Intelligenz profitieren können. Eine zentrale Aufgabe ist auch die



Sicherstellung eines verantwortungsvollen, rechtskonformen und transparenten Einsatzes von KI. Künstliche Intelligenz im Alltag ist ein weiteres Thema: Wie kann ihr Einsatz zu einer besseren Lebensqualität beitragen – von Smart Cities über Mobilitätskonzepte bis hin zu einer modernen, bürgernahen Verwaltung?

Den Vorsitz der Kommission hat unser digitalpolitischer Sprecher Björn Franken (auf dem Foto links) gemeinsam mit Franziska Müller-Rech (FDP). Sprecherin der CDU-Fraktion ist Annika Fohn (2.v.l.), weitere Mitglieder für die CDU-Fraktion sind Thomas Okos (r.) und Bodo Löttgen (2.v.r.).



Hubertus Heil und über 100 Gäste diskutierten Zukunftsperspektiven für das Rheinische Revier

Der Kohleausstieg in Nordrhein-Westfalen soll bis 2030 erfolgen. Diese Entscheidung stellt die Wirtschaft und die Menschen im Rheinischen Revier vor erhebliche Herausforderungen. Es ist erfreulich, dass Microsoft zwei Rechenzentren im Revier ansiedeln wird. Doch es bedarf weiterer Anstrengungen, um gute Rahmenbedingungen für neue Zukunftsperspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen – etwa durch Qualifizierung, eine Energieversorgungssicherheit trotz Kohleausstieg und die Schaffung neuer grüner Industriearbeitsplätze.

Im Nachgang der Revierkonferenz im Jahr 2023 haben wir 168 Fragen zum Strukturwandel im Rheinischen Revier an die Landesregierung gestellt. Die Antworten

waren jedoch ernüchternd und verdeutlichen, dass der politische Handlungsbedarf weiterhin hoch ist. Daher haben wir die Fortsetzung unserer Revierkonferenz



Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (v.l.) in der Diskussion mit Alexander Bercht (IGBCE) und Jochen Ott (SPD-Fraktionsvorsitzender).

Ende November 2024 dafür genutzt, um mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und mehr als 100 Gästen erneut in den Austausch zu kommen. Nach einem Impuls des Bundesarbeitsministers diskutierten die Teilnehmenden in Fachforen unter anderem über Flächenentwicklung, Förderstrukturen, Innovationen und Energiesicherheit. Die Ergebnisse haben wir gerne mitgenommen, um den Wandel im Rheinischen Revier mit parlamentarischen Initiativen weiterhin zu begleiten.



Wir setzen Prioritäten für ein soziales und zukunftsfähiges NRW

NRW ist und bleibt sozial: Als Grüne Landtagsfraktion haben wir mit unserem Koalitionspartner in einer gemeinsamen Kraftanstrengung wichtige Verbesserungen für die soziale Infrastruktur erreicht. „Wir helfen uns in NRW in schwierigen Zeiten gegenseitig – das gehört zu unserem Selbstverständnis. Die Mitarbeitenden von Beratungsstellen und Unterstützungsangeboten leisten jeden Tag essenzielle Hilfe für andere Menschen“, hebt unsere Fraktionsvorsitzende Verena Schäffer hervor.

Insgesamt stellen wir im nächsten Jahr 43 Millionen Euro mehr für den sozialen Bereich zur Verfügung als im ersten Haushaltsentwurf vorgesehen – dank Umschichtungen durch die schwarz-grünen Änderungsanträge, Finanzierungen über den Europäischen Sozialfonds sowie über neue Präventionsförderungen im Maßnahmenpaket nach dem Terroranschlag von



Die Grünen Fraktionsvorsitzenden Wibke Brems und Verena Schäffer stellen gemeinsam mit CDU-Fraktionschef Thorsten Schick die gemeinsamen Änderungsanträge vor (v.l.) Foto: Grüne Fraktion NRW

Solingen. So konnten wir beispielweise bei der Armutsbekämpfung, der Aidshilfe oder der Suchtberatung große Teile der geplanten Kürzungen zurücknehmen.

„Wir setzen Prioritäten trotz der schwierigen Haushaltslage“, so unsere Fraktionsvorsitzende Wibke Brems. „NRW braucht jetzt Lösungen für die Zukunft.“ Durch weitere gemeinsame Änderungsanträge mit der CDU-Fraktion erhalten wir zudem die Energieberatung der Verbraucherzentralen, stärken unter anderem das Förderprogramm „Mittelstand Innovativ und Digital“, fördern das erfolgreiche Schulobst- und Schulgemüseprogramm sowie die Ökomodellregionen und gründen das Institut für Waldökosystemforschung.



„Fortschritt statt Stillstand!“ – FDP fordert Agenda für Wirtschaftswachstum



Dietmar Brockes (FDP)

Foto: James Zabel

Nordrhein-Westfalen steckt zur Halbzeit von Schwarz-Grün in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Wir fordern einen Kurswechsel hin zu einer Wachstumsagenda, die Investitionen anzieht, Arbeitsplätze schafft und Innovationen fördert. „NRW darf nicht länger abgehängt werden und muss endlich wieder wirtschaftspolitischer Gestalter sein“, fordert Dietmar Brockes, unser wirtschaftspolitischer Sprecher.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Schwache Wirtschaftsleistung, steigende Insolvenzen und rückläufige Investitionen setzen NRW zunehmend unter Druck. „Diese Landesregierung verantwortet eine riskante Abwärtsspirale: Ohne eine Wachstumsstrategie droht NRW eine Deindustrialisierung, die sich immer weiter beschleunigt“, warnt Brockes. Wir wollen eine wirtschaftspolitische Agenda, die Planungs- und Ge-

nehmungsverfahren beschleunigt und private Investitionen mobilisiert.

Zentrale Themen sind unter anderem die Modernisierung der Verwaltung, eine dynamische Flächenbedarfsplanung, die ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen schafft, sowie Maßnahmen zur Stärkung der dualen Ausbildung und der Innovationskraft von Mittelstand und Start-ups. „NRW hat das Potenzial, wieder zum Wirtschaftsmotor Deutschlands zu werden – der Zeitpunkt für Entscheidungen ist jetzt“, motiviert Brockes.



„Das Rückgrat unserer Gesellschaft“

26. November 2024 – Der Landtag hat sieben Initiativen und Einzelpersonen mit der Ehrenamtsmedaille ausgezeichnet. „Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Mit ihrem selbstlosen Engagement leisten die Geehrten einen unschätzbaren Beitrag für den Zusammenhalt und das Wohlergehen in unserem Land. Sie sind die guten Seelen der Gesellschaft und zeigen, wie gewinnbringend Einsatzbereitschaft, gemeinsame Arbeit und Menschlichkeit sind. Mit der Verleihung der Ehrenamtsmedaille des Landtags würdigen wir dieses außergewöhnliche Engagement“, sagt André Kuper, der Präsident des Landtags.

Der Jury gehören das Präsidium des Landtags mit Präsident Kuper, den Vizepräsidenten Rainer Schmeltzer und Christof Rasche sowie Vizepräsidentin Berivan Aymaz an. Weitere Mitglieder sind Stephanie Krause, Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen NRW, Jochen Beuckers, Mitglied des Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement NRW, und Stefan

Ast, Geschäftsführer der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege.

Die Jury wählte die Trägerinnen und Träger der Ehrenamtsmedaille aus rund 90 Bewerbungen aus. Vorschlagsberechtigt sind die Mitglieder des Landtags, aber auch Vorschläge aus der Mitte der Gesellschaft sind möglich. Das Preisgeld in Höhe von jeweils 3.000 Euro ist zweckgebunden und soll für die Förderung des prämierten Engagements und dessen Fortbestand eingesetzt werden.

red

Ein Video zur Veranstaltung und einen Mitschnitt finden Sie unter: <https://lt.nrw/Ehrenamt2024>



Zukunftswerkstatt Kalterherberg

Die Verbindung von traditionellem und modernem Dorfleben steht im Mittelpunkt der Zukunftswerkstatt Kalterherberg. Der Verein verbessert die Wohn- und Lebensqualität in dem Eifeldorf und schafft Anreize für junge Familien, dort heimisch zu werden.

Schülervertretung Konrad-Adenauer-Gymnasium Kleve

Die Schülervertretung des Konrad-Adenauer-Gymnasiums kümmert sich um Kathi und Rosa. Die beiden Schülerinnen leiden an Long Covid. Anstatt das Leben zu genießen, findet ihr Leben nur noch in abgedunkelten Räumen statt. Die Schülervertretung sammelt erfolgreich Spenden für Behandlungstherapien.

Wahlbüro Tilbeck

Das Wahlbüro Tilbeck stärkt die politische Bildung für Menschen mit Behinderung. In dem Projekt arbeiten jeweils zur Hälfte Menschen mit und ohne Behinderung. Ein wichtiges Thema ist die Ausübung des Wahlrechts.

Kölner Spendenkonvoi

Der Verein hat zahlreiche Hilfskonvois an die EU-Außengrenze gestartet – hauptsächlich nach Bosnien und Serbien, aber auch in die Ukraine. Die ehrenamtlichen Kräfte helfen Geflüchteten unter anderem mit Kleidung und Medikamenten.



Klaus Jürgen Schmitz (l.) und Jochen Leyendecker

Benjamin Rottmann (l.) und Reinhard Nieweler

Christina Piron und Phillip Borgmann

Eva Rieger (l.) und Rebecca Arandan

– Landtag dankt Ehrenamtlichen

Fotos: Schälte

EHREN AMTS MEDAILLE DES LANDTAGS NORDRHEIN- WESTFALEN

Freiwilligen-Teams Kloster Wiedenbrück

Das Kloster Wiedenbrück wurde 2020 von einer Genossenschaft übernommen. Die Gemeinschaft entwickelte das Kloster zu einem Ort der Kultur und Bildung, der Begegnung und des Engagements. Mehr als 1.000 Mitglieder sind in der Genossenschaft engagiert.



Michael Fiedler und
Beate Kulak

Mobile Jugendarbeit Eschweiler

Die Jugendämter Eschweiler und Herzogenrath haben 2014 das Projekt „Feierstarter“ ins Leben gerufen. Die „Feierstarter“ sind junge Erwachsene, die andere Jugendliche über die Gefahren und den verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol aufklären.



Firdaws Amidou Issaka (l.)
und Sevil Uzungelis

Julia Chenusha – Blau-Gelbes Kreuz

Julia Chenusha ist Geschäftsführerin des Vereins. Die deutsch-ukrainische Hilfsorganisation hat ihren Sitz in Köln, ist aber auch in anderen deutschen Städten vertreten. Sie konzentriert sich auf die Organisation humanitärer Hilfe, den Wiederaufbau in der Ukraine sowie die Förderung der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit.

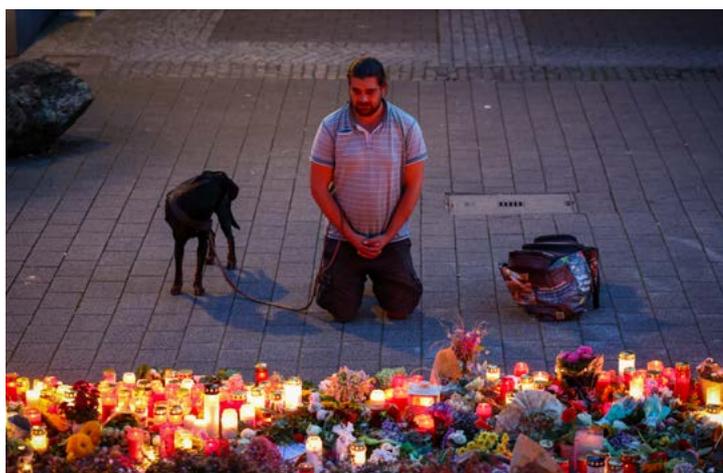


Julia Chenusha mit Landtagspräsident
André Kuper, der die Medaillen überreichte.



NRW PRESSEFOTO 2024 – Starke

10. Dezember 2024 – Zwei junge Menschen umarmen sich. Sie nehmen Abschied. Er bleibt im Kriegsgebiet, sie fährt zurück nach Nordrhein-Westfalen. Das Foto entstand in der Ukraine, in Lviv. Fabian Ritter hat es gemacht, es erschien im „Spiegel“. Ritter gewann mit der Aufnahme den ersten Preis beim „NRW-Pressfoto 2024“. Alle Preisträgerinnen und Preisträger wurden während einer Feierstunde im Landtag ausgezeichnet.



Platz 2, Christopher Neundorf: „Warum?“

Den zweiten Platz belegte Christopher Neundorf. Er fotografierte für EPA (European Pressphoto Agency) einen Mann, der nach dem Terror-Angriff in Solingen trauert. Mit dem dritten Preis wurde ein Foto von Kerstin Kokoska ausgezeichnet. Sie fotografierte für die WAZ bei einer Demonstration für die Demokratie in Essen. Der Sonderpreis „Sportland Nordrhein-Westfalen“ ging an Jürgen Fromme für seine künstlerisch anmutende Momentaufnahme vom Eröffnungsspiel der Handball-EM in Düsseldorf.

Nachwuchspreis

Über den Nachwuchspreis entschied die Öffentlichkeit. Mehr als 850 Stimmen wurden abgegeben. Eine deutliche Mehrheit stimm-



Platz 3, Kerstin Kokoska: 7.000 bei Demo gegen AfD: „An unserer Mauer prallen sie ab.“

te für das Foto eines Großbrandes, das Daniel Schröder für den Soester Anzeiger gemacht hatte.

André Kuper, der Präsident des Landtags, sagte: „Das NRW-Pressfoto zeigt die starken Bilder eines bewegenden Jahres. Das Siegerbild rührt uns an und rüttelt uns auf, für Frieden und Freiheit einzustehen, es sagt mehr als tausend Worte. Das NRW-Pressfoto bietet den einzigen Jahresrückblick in professionellen Pressebildern in Nordrhein-Westfalen. Ich lade die Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, sich die Ausstellung im Landtag anzusehen und auf das Jahr zurückzuschauen: auf die schönen und traurigen Momente, auf die sportlichen Höhepunkte des Sommers und Bilder aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens. Der Journalistenpreis des Landtags würdigt die professionelle Arbeit der Pressefo-

Die Jury des NRW-Pressefotos

- **André Kuper**, Präsident des Landtags
- **Roland Geisheimer**, Fotograf, Freelens, Verband der Fotografinnen und Fotografen
- **Volkmar Kah**, Geschäftsführer Deutscher Journalistenverband NRW
- **Andreas Müller**, Geschäftsführer des Zeitungsverlags Aachen und Mitglied des Vorstands des Zeitungsverlegerverbands NRW
- **José Narciandi**, Landtagskorrespondent Radio NRW und Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz
- **Prof. Elke Seeger**, Fotografie und Konzeption, Prorektorin für Studium und Lehre, Folkwang Universität der Künste
- **Georg Jorczyk**, Grimme-Institut



Landtagspräsident André Kuper (3.v.r.) mit (v.l.) Daniel Schröder, Christopher Neundorf, Fabian Ritter, Kerstin Kokoska und Jürgen Fromme. Foto: Schälte

Bilder eines bewegenden Jahres

Stellungnahme der Jury zum 1. Platz

„Auf den ersten Blick eine Fotografie, die uns im klassischen Betrieb der journalistischen Fotografie eher ungewöhnlich zu sein scheint. Denn über das Umfeld und den Anlass dieser Fotografie erfahren wir visuell eigentlich nichts. Wir blicken ein emotional-subjektives Doppelporträt an, sensibel gesehen, erfasst und fotografisch umgesetzt. Durch die Fotografie hindurch, wie ein Fenster zur Welt, schauen uns zwei junge Menschen an, die in inniger Nähe verbunden zu sein scheinen. Er selbst schreibt zu seiner eingereichten Fotografie: ‚Verabschiedung am Busbahnhof: Das junge Pärchen aus Düsseldorf, Lena und Ivan, sieht sich nach langer Trennung zum ersten Mal im ukrainischen Lviv wieder. Auf dem Bild verabschieden sie sich für ungewisse Zeit, Lena fährt zurück nach Deutschland/NRW, Ivan bleibt vorerst im Kriegsgebiet.‘ Mit dieser zusätzlichen Information wandelt sich unser Blick auf das Foto grundlegend. Denn der Alltag des Kriegsgeschehens der Ukraine holt uns damit aktuell ab – aber nicht durch eine Dokumentation von Krieg und Zerstörung, sondern durch persönliche Identifikation mit den uns unbekannt Protagonisten dieser Aufnahme. Plötzlich ist die ukrainische Stadt Lviv gefühlt nicht mehr 1.400 Kilometer entfernt, sondern nahe zu unserem Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen. Das Paar aus Düsseldorf wird Teil unseres Alltags und bleibt uns doch fremd.“



Platz 1, Fabian Ritter: „Lena und Ivan – Verabschiedung am Busbahnhof“

tografinnen und -fotografen. Ihr Wirken, ihre Berichterstattung stärken unsere Demokratie.“

268 Fotos eingereicht

Kuper hatte das „NRW-Pressfoto“ vor sechs Jahren ins Leben gerufen. Beworben hatten sich in diesem Jahr 73 Fotografinnen und Fotografen mit insgesamt 268 Fotos. Darunter sind neun Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Nachwuchspreises (bis 30 Jahre), die 39 Bilder eingereicht hatten. Mit Unterstützung der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West wurden

Preisgelder in Höhe von 22.000 Euro vergeben. 31 ausgewählte Wettbewerbsfotos werden bis Januar 2025 im Parlament ausgestellt. Sie bieten einen spannenden Rückblick auf das Jahr 2024 quer durch das Land: Demonstrationen von Landwirten, Fans bei der Fußball-EM, Polarlichter und Hochwasser. Alle Fotos sind zudem auf der Internetseite des Landtags zu finden: www.landtag.nrw.de. *red*

Ein Video zur Preisverleihung finden Sie hier:



Nachwuchspreis, Daniel Schröder: „Großbrand bringt Einsatzkräfte an die Grenze“



Sonderpreis, Jürgen Fromme: „Schattenspiel“

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 | [18/10300](#), [18/11300](#), [18/12049](#) | Neudruck | Landesregierung | 3. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2025 | [18/10462](#), [18/11300](#), [18/12050](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften | [18/9769](#), [18/12051](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [18/10926](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Sicherung von umfassenden Bildungsangeboten und zur Stärkung der Qualität von Schule (17. Schulrechtsänderungsgesetz) | [18/12001](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. Dezember 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

Gesetz zur Modernisierung des Sparkassenrechts und zur Änderung weiterer Gesetze | [18/9656](#), [18/12278](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW | [18/11260](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Baukammergesetzes | [18/11608](#) | CDU, Grüne | 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zu der Zweiten Zusatzvereinbarung zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, der Synagogen-Gemeinde Köln – Körperschaft des

öffentlichen Rechts – und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e.V. in der Fassung des Sechsten Änderungsvertrages vom 13. April 2022 | [18/11526](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/12033](#) | CDU, SPD, Grüne, FDP | 1. und 2. Lesung am 18. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung | [18/12025](#) | FDP | 1. Lesung am 19. Dezember 2024 | Überweisung an den Hauptausschuss

Ausführungsgesetz zu § 47 Absatz 1b des Asylgesetzes | [18/12026](#) | FDP | 1. Lesung am 19. Dezember 2024 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Einführung einer Kommunalen Wärmeplanung in Nordrhein-Westfalen | [18/10465](#), [18/11651](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung | [18/10464](#), [18/11917](#), [18/11918](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes | [18/9515](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Novellierung der Gefangenenergütung in den Landesjustizvollzugsgesetzen | [18/10750](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Erstes Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes | [18/11266](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“ | [18/10875](#) | CDU, Grüne | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Statistikgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/9768](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher, verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und kostenrechtlicher Vorschriften | [18/10463](#), [18/11919](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz über eine barrierefreie Notrufnummer 112 in Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen | [18/11257](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Dezember 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Sechsten Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/11434](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Dezember 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Belastungsausgleichsgesetzes G9 | [18/11527](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Dezember 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

Siebtes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/11262](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. Dezember 2024 | verabschiedet

Fünftes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/11265](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Neuordnung von Landesoberbehörden und zur Anpassung von Rechtsvorschriften für die Geschäftsbereiche des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/11261](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

Eine Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Gesetzgebung>



DIE THEMEN DES JAHRES

Foto: Kitschenberg



2024 – Das Jahr im Rückblick

Der Anschlag während des Stadtfestes in **Solingen** hat die Menschen schockiert und eine Debatte über die Migrationspolitik ausgelöst. Unruhe bei **Thyssenkrupp** in Duisburg: Zunächst kommen Meldungen, dass die Produktion von grünem **Stahl** deutlich teurer werden könnte als geplant. Ende des Jahres dann verkündet das Unternehmen einen Stellenabbau – die Beschäftigten haben Angst um ihre Arbeitsplätze. Auch bei **Ford** in Köln sollen Jobs wegfallen. Das alles hat den **Landtag** im Jahr 2024 beschäftigt. Es gab aber auch ermutigende Ereignisse: Allein in Nordrhein-Westfalen gingen Anfang des Jahres mehr als 100.000 Menschen auf die Straße, um für Demokratie und **Vielfalt** zu demonstrieren. Beim **NRW-Fest** in Köln feierten rund **260.000** Besucherinnen und Besucher ein Fest der **Demokratie**. Und auch die **Parlamentsnacht** lockte viele Gäste in den Landtag, die Demokratie hautnah miterleben wollten. Mehr zum **Jahr 2024** auf den Seiten 24 und 25.

DIE THEMEN DES JAHRES

Januar

Allein in Nordrhein-Westfalen gehen mehr als 100.000 Menschen auf die Straße, um gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für Vielfalt und Toleranz zu demonstrieren (Foto unten). Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP begrüßen die Demonstrationen in einem gemeinsamen Plenarantrag ausdrücklich. Während einer Gedenkstunde erinnern Landtag und Landesregierung an die Opfer des Nationalsozialismus. Anlass ist der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 durch Soldaten der Roten Armee. Bei der Veranstaltung im Plenarsaal gedenken die Abgeordneten des Völkermords an den Sinti und Roma. In einer Aktuellen Stunde geht es um den sozialen Wohnungsbau.

Foto: IMAGO/Beautiful Sports/Buriakov



Februar

Der Landtag versichert der Ukraine erneut seine Solidarität. Zugrunde liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP. Beim Parlamentsgespräch, zu dem André Kuper, der Präsident des Landtags, eingeladen hatte, geht es ebenfalls um die verheerenden Kriegsgeschehnisse und die Folgen für Europa. In Aktuellen Stunden debattieren die Abgeordneten über die Wohnraumförderung und die Wirtschaftslage.

März

Die Neuregelung der Grundsteuer, das Thema „Pflege“ sowie die Proteste von Schülerinnen und Schülern für bessere Bildung stehen im Mittelpunkt Aktueller Stunden. Die Folgen multipler Krisen und großer Herausforderungen für die Demokratie sind Thema eines Parlamentsgesprächs.

April

Der Landtag debattiert in Aktuellen Stunden über die Zunahme antisemitischer Übergriffe, die Ganztagsbetreuung an Grundschulen und einen Korruptionsverdacht im Zusammenhang mit einem international agierenden Schleuserring. In einer Anhörung äußern sich Sachverständige zur geplanten Neuregelung des Ruhestands für Feuerwehrleute. Die Kunstsammlung des Landtags erhält ein neues Werk: Der Künstler HA Schult übergibt seine fast

zwei Meter hohe Figur „Justice Man“. Und vor dem Landtag zieht die Skulptur „Engel der Kulturen“ des Künstlerpaares Carmen Dietrich und Gregor Merten die Blicke auf sich.

Mai

Über die Zunahme von Angriffen auf Politikerinnen und Politiker, Belastungen in der Justiz sowie die Haushaltspolitik der Landesregierung debattiert der Landtag in Aktuellen Stunden.

Juni

Die Infrastruktur in den Kommunen ist Thema einer Aktuellen Stunde, ebenso der Hochwasserschutz. Die Landesregierung kündigt in einer Sondersitzung des Plenums die Aufnahme neuer Schulden für 2024 und 2025 an. Im Parlamentsgespräch diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Ergebnisse der Europawahl.

Juli

Erneut geht es in einer Aktuellen Stunde um die Landesfinanzen, diesmal um Sparmaßnahmen in den Ministerien. Weitere Themen: Perspektiven für den Wohnungsmarkt und die Sicherheitslage im Land. Hintergrund: Ein 20-Jähriger wurde in Bad Oeynhausen überfallen, er starb später im Krankenhaus. Mutmaßlicher Haupttäter ist ein 18 Jahre alter Syrer.

August

Rund 260.000 Menschen feiern in Köln den NRW-Tag aus Anlass des Landesgeburtstags. Mehr als 200 Aussteller sind auf der 2,5 Kilometer langen Meile im Rheinauhafen vertreten, darunter Landtag und Landesregierung, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Ehrenamtsorganisationen sowie 40 Städte und Regionen Nordrhein-Westfalens.

September

Der Landtag nimmt die Beratungen zum Haushalt 2025 auf. Aktuelle Stunden thematisieren den islamischen Religionsunterricht und die Situation beim Stahlproduzenten Thyssen-



Foto: IMAGO/Rupert Oberhäuser



Foto: Volker Hartmann

krupp. Die bevorstehende Wahl in den USA ist Thema eines Parlamentsgesprächs. Mehr als 5.000 Gäste feiern im Landtag die Parlamentsnacht. Auf dem Programm: Politik, Kultur und viele Informationen über den Landtag und die Demokratie. Zu den Höhepunkten gehört der Auftritt des ESA-Astronauten Dr. Matthias Maurer (Foto oben). Die Kunstsammlung des Landtags wird um ein bedeutendes Werk reicher. Das „Spiegelbild, CR 964“ von Prof. Gerhard Richter hängt an der Außenwand des Plenarsaals. Richter ist einer der bedeutendsten und einflussreichsten Künstler des 20. und 21. Jahrhunderts.

Oktober

Mehr als 1.000 Menschen kamen beim Anschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 ums Leben. Ein Jahr danach gedenkt der Landtag erneut der Opfer des schlimmsten Massakers an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust. Zugleich setzen die Abgeordneten ein Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP hatten die Debatte gemeinsam beantragt. Landtag und Landesregierung erinnern zudem mit einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung an die Opfer. In Aktuellen Stunden geht es um Lieferengpässe in der Medikamentenversorgung und die Radikalisierung Jugendlicher über Soziale Medien.



Grafik: rawpixel/Adobe-Stock

November

Aktuelle Stunden widmen sich einer Forsa-Umfrage unter Schulleiterinnen und -leitern sowie den Folgen der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. Rückenwind für Olympia: Der Landtag unterstützt mehrheitlich eine Bewerbung Nordrhein-Westfalens für die Olympischen und Paralympischen Spiele. Zugrunde liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP. Der Nachtragshaushalt für 2024 wird verabschiedet. Der „Zustand der Einheit“ nach dem Mauerfall ist Thema eines Parlamentsgesprächs. 195 junge Menschen beteiligen sich am Jugendlandtag und übernehmen drei Tage lang die Plätze der Abgeordneten.

Dezember

Der Landtag beschließt den Haushalt für das Jahr 2025. Er sieht Ausgaben in Höhe von 105,5 Milliarden Euro vor. In Aktuellen Stunden geht es um die Lage der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Clankriminalität und Nationalparks. Der Landtag zeichnet engagierte Bürgerinnen und Bürger mit der Ehrenamtsmedaille aus und ehrt die Preisträger des NRW-Pressfotos.



Foto: Schälte

Solingen und die Folgen

Solingen, Freitag, 23. August 2024: Ein Mann stach gegen 21.30 Uhr während des Stadtfestes mit einem Messer auf Besucherinnen und Besucher ein. Zwei Männer, 56 und 67 Jahre alt, und eine 56-jährige Frau starben. Acht weitere Opfer wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Der Anschlag entsetzte die Menschen weit über Nordrhein-Westfalen hinaus und löste eine Debatte über die Sicherheits- und Migrationspolitik aus.

Es gelang dem Täter zunächst zu entkommen. Am Folgetag nahm die Polizei einen Tatverdächtigen fest. Es handelte sich um einen Mann, der Ende 2022 in Deutschland Asyl beantragt hatte und im vergangenen Jahr nach Bulgarien abgeschoben werden sollte. Die Abschiebung misslang jedoch. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen den Tatverdächtigen wegen Mordes, versuchten Mordes und des Verdachts auf Mitgliedschaft in der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS).

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) stellte wenig später ein vom schwarz-grünen Kabinett beschlossenes Maßnahmenpaket vor – unter anderem mit mehr Befugnissen für die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz sowie einem besseren Datenaustausch.

Am 14. November 2024 setzte der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag in Solingen ein. Das Gremium soll die Verantwortung und das Vorgehen der Landesregierung, „ihrer Sicherheitsbehörden und der übrigen betroffenen Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen“ prüfen.

Porträt: Yvonne Gebauer (FDP)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Yvonne Gebauer (FDP). Die 58-jährige frühere Schulministerin aus Köln ist unter anderem Sprecherin ihrer Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien, im Petitionsausschuss sowie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Kindesmissbrauch“.

„Nein, bei der Landtagswahl 2027 trete ich nicht mehr an“, sagt Yvonne Gebauer an einem Montagnachmittag im Dezember. Natürlich mache ihr die Arbeit als Abgeordnete, als kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion „große Freude“, versichert die Kölnerin. Allerdings: „2027 bin ich 61. Wenn man noch einmal etwas Neues beginnen möchte – dann wird es Zeit.“

Beinahe beiläufig macht Yvonne Gebauer so klar, dass sie das Ende einer politischen Karriere in den Blick nimmt, die sie bis an die Spitze des nordrhein-westfälischen Bildungsministeriums geführt hat.

Landtagsabgeordnete seit 2012, wurde sie nach dem Triumph der FDP 2017, als ihre Partei 12,6 Prozent der Stimmen einfuhr, Schulministerin im Kabinett von CDU-Ministerpräsident Armin Laschet. Sie blieb es bis 2022, als die schwarz-gelbe Koalition von Laschets Nachfolger Hendrik Wüst ihre Mehrheit verlor. Seit 2023 ist sie die kulturpolitische Stimme ihrer Fraktion.

„Politisch geprägt hat mich mein liberales Elternhaus“, sagt Gebauer. Ihr Vater

war der Kölner Schuldezernent und FDP-Kreisvorsitzende Wolfgang Leirich. „Große Liberale wie Gerhart Baum waren oft bei uns zu Gast“, erinnert sich die Landtagsabgeordnete – wie Gebauer lebt der 92-jährige ehemalige Bundesinnenminister in Köln.

Schon 1982 trat Gebauer in die FDP ein – „mit 16, vorher war es nicht möglich“, sagt sie. Der „Freiheitsgedanke“, für den die Partei stehe, habe eben fasziniert.

Seit 2012 im Landtag

In politische Ämter drängte es die verheiratete Mutter eines Sohnes trotzdem nicht sofort: Gebauer kannte die Härten der Politik, die oft Einsatz rund um die Uhr fordert – „24/7“. „Die Familie steht oft hinten an“, sagt Yvonne Gebauer auch mit Blick auf ihren Vater: „Das war nicht immer nur schön.“

Nach ihrem Abitur am Kölner Heinrich-Heine-Gymnasium 1985 machte sie deshalb erst einmal eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten. Nach zwei

Jahren im Beruf arbeitete sie für den sächsischen FDP-Bundestagsabgeordneten Arno Schmidt – und eröffnete 1994 zusammen mit ihrem Ehemann ein Boardinghouse, also ein Hotel für Langzeit-Gäste. Zehn Jahre später machte sie sich als Kauffrau in der Immobilienbranche selbstständig.

Doch ganz losgelassen hat die Politik die Liberale nicht. Seit 1999 war sie sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Beschwerden und Anregungen ihrer Heimatstadt Köln, von 2004 bis 2012 dann Ratsfrau und schulpolitische Sprecherin. Über Listenplatz 12 gelang ihr 2012 der Sprung in den Landtag. Von 2015 bis 2017 war sie Vorsitzende der Kölner FDP.

Inhaltlich prägten Gebauers Zeit als Ministerin drei Hauptthemen: Als Ressortchefin verantwortete sie die Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren ebenso wie den Erhalt von Förderschulen. Dazu kam die Einführung des Schulfachs Wirtschaft. Eine große Herausforderung ihrer Amtszeit war die Pandemie. Gestritten wurde über den richtigen Umgang mit Corona,



Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Das eine Lieblingsbuch gibt es nicht. Ich lese schon seit meiner Kindheit gerne und viel. Somit gibt es immer wieder temporär neue Lieblingsbücher. Allerdings beeindruckt mich noch heute das Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ von Christiane F., welches ich im Alter von 13 Jahren gelesen habe und mich ganz sicher vor der Versuchung des Probierens von Drogen bewahrt hat.

Welche Musik hören Sie gerne?

Je nach Stimmungslage: Klassik, Rock und Pop – zu letzterem ganz besonders die Musik der 80er-Jahre.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Sehr guten Honig; gegen den Husten und für den Tee.

Ihr liebstes Reiseziel?

Ich entdecke immer wieder gerne neue Orte, liebe aber seit Jahrzehnten die belgische Küste, vor allem meine zweite Heimat Knokke. Aber auch Mallorca darf mindestens alle zwei Jahre nicht fehlen.

Erinnerung an Friedhelm Farthmann

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat den früheren Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, als integren Demokraten und Kämpfer für Gerechtigkeit gewürdigt. Farthmann war am 9. Dezember im Alter von 94 Jahren gestorben. Der Präsident betonte: „Friedhelm Farthmann war ein Steuermann für soziale Gerechtigkeit und Arbeit. Seine Stimme wurde weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus gehört. Er kämpfte für mehr Gerechtigkeit, mehr Mitbestimmung, mehr Teilhabe. Für diese Ziele war er auch bereit, den politischen Streit zu suchen und zu führen. In diesem Sinne war er ein leidenschaftlicher und integrierter Demokrat.“ Der promovierte Jurist gehörte dem Landtag von 1980 bis 2000 an. 1975 wurde er Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes. In diesem

Foto: Schälte



Friedhelm Farthmann 1998 bei einer Rede im Landtag.

Amt wirkte er zwei Legislaturperioden. 1985 übernahm er, ebenfalls über zwei Legislaturperioden hinweg, den Vorsitz der SPD-Fraktion.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitung Landtag Intern erscheint am Dienstag, 4. Februar 2025. Sie ist ab Freitagnachmittag, 31. Januar 2025, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

- 18.11. **Gerhard Jacobs** (CDU/86)
MdL 1985–1990 und 1994–1995
- 9.12. **Prof. Dr. Friedhelm Farthmann**
(SPD/94) MdL 1980–2000
- 13.12. **Axel Wirtz** (CDU/67)
MdL 1999–2017

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rü), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rü), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnapertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 20. Dezember 2024, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Schälte

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

über Schulöffnungen und -schließungen. Dabei sei es aber um Gesundheits-, nicht um Schulpolitik gegangen, sagt die FDP-Abgeordnete.

„Kultur ist Reichtum“

Heute kämpft die 58-Jährige trotz knapper Kassen für den Erhalt der Kulturlandschaft. „Ein Land ist reich, wenn es die Kultur fördert. Kultur ist Reichtum, nicht umgekehrt“, zitierte sie den italienischen Dirigenten Claudio Abbado in ihrer Haushaltsrede am 5. Dezember. Im Blick hatte sie dabei auch die Honorar-Untergrenzen für oft prekär lebende Künstlerinnen und Künstler, die in vom Land geförderten Projekten arbeiten.

Im Kulturgesetzbuch festgeschrieben habe Schwarz-Gelb diese Untergrenzen schon 2021. Endlich flächendeckend eingeführt werden sollen sie 2026 – aber nicht auf Kosten bestehender Angebote, mahnt Gebauer in Richtung von CDU-Kulturministerin Ina Brandes: Die müsse dringend um eine Ausweitung ihres Etats kämpfen – denn noch stehe die Finanzierung der Honorar-Untergrenzen in den Sternen, sei „haushalterisch nicht hinterlegt“.

Andreas Wyputta

Zur Person

Yvonne Gebauer (58) wurde 1966 in Köln geboren. Die frühere Schulministerin war von 2015 bis 2017 Vorsitzende der FDP in ihrer Heimatstadt und von 2016 bis 2018 Mitglied des Bezirksvorstandes. Von 2016 bis 2023 gehörte sie dem Landesvorstand NRW ihrer Partei an. Im Bundesvorstand engagierte sie sich von 2019 bis 2023. Seit Mai 2012 ist sie Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel sind für viele von uns eine Zeit der Ruhe, der Besinnung und der gemeinsamen Stunden mit geliebten Menschen. Jedoch drängt sich auch in diesem Jahr der Gegensatz zwischen dem ersehnten Frieden und den brutalen Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten und an so vielen weiteren Orten der Welt besonders schmerzhaft auf.

Und dennoch feiern wir Weihnachten. Es ist kein Widerspruch zum aktuellen Weltgeschehen, sich „Frohe Weihnachten!“ zu wünschen oder ein „Gutes neues Jahr!“, wenn auch wir selbst bereit sind, Licht zu bringen, wo Dunkelheit ist, Hoffnung zu schenken, wo Verzweiflung überwiegt, und für Versöhnung einzutreten, wo Unfrieden herrscht.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und den Menschen, die Ihnen nahestehen, Frieden und Liebe im Herzen, erfüllende Tage zum Jahresausklang und – trotz allem – ein hoffnungsvolles Neues Jahr 2025.

Einen herzlichen Gruß aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen!

Ihr

André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Den Weihnachtsgruß des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, als Video können Sie auch über den QR-Code (links) abrufen.